Dachverband der bayerischen Jugendvertretungen e. V.
E-Mail: info@dvbj.de
Instagram: jugendvertretungen_bayern
Internet: http://dvbj.de

Dachau, den 21.11.2026

Beschluss

Kommunen dahin, wo wir sind – Jugendbeteiligung im digitalen Raum

Die Mitgliederversammlung des Dachverbands der bayerischen Jugendvertretungen e.V. hat beschlossen:

Politik muss dort präsent und ansprechbar sein, wo Jugendliche ihren Alltag verbringen. Dazu gehört der digitale Raum. Der Dachverband der bayerischen Jugendvertretungen e.V. fordert deshalb, digitale Kommunikation und Beteiligung als festen Bestandteil kommunaler Jugendbeteiligung zu verankern.

Kommunen sollen aktiv auf Jugendliche zugehen, politische Entscheidungen verständlich vermitteln und einfache Möglichkeiten schaffen, eigene Anliegen einzubringen. Die Auswahl der Kanäle und die Gestaltung der Angebote müssen gemeinsam mit jungen Menschen erfolgen.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

1. Jugendliche in ihren digitalen Lebenswelten erreichen

Politische Entscheidungsträger und Institutionen sollen ihre Kommunikation an den digitalen Nutzungsgewohnheiten der Jugendlichen vor Ort ausrichten. Informationen über Kommunale und Landes Vorhaben und Beteiligungsmöglichkeiten sollen auf den Kanälen verbreitet werden, die junge Menschen tatsächlich nutzen.

Jugendliche und ihre Vertretungen sind an der Auswahl geeigneter Plattformen und Formate zu beteiligen. Je nach örtlichem Bedarf können soziale Medien, ein Jugend-Newsletter oder Angebote innerhalb einer App sinnvoll sein. Eine Website soll als verlässliche Anlaufstelle dienen und die Ansprache muss darüber hinaus aktiv auf den gemeinsam ausgewählten Kanälen stattfinden.

2. Kommunalpolitik jugendgerecht und verständlich vermitteln

Kommunen sollen regelmäßig erklären, welche Vorhaben anstehen, was im Stadt- oder Gemeinderat beraten und beschlossen wird und welche Folgen dies für junge Menschen hat.

Dafür sollen öffentliche Informationen verständlich und für die jeweiligen Kanäle passend aufbereitet werden, etwa als kurze Videos, übersichtliche Beiträge oder Zusammenfassungen öffentlicher Beschlüsse. Dabei muss erkennbar sein, wo Jugendliche noch Einfluss nehmen können und an wen sie sich wenden können. Weiterführende öffentliche Unterlagen sollen leicht auffindbar verlinkt werden.

3. Digitale Kommunikation als Austausch gestalten

Digitale Präsenz muss mit verlässlichen Kontakt- und Beteiligungsmöglichkeiten verbunden werden. Jugendliche sollen ihre Jugendvertretung, Jugendreferent*innen und zuständige Verwaltungsstellen einfach erreichen können.

Kommunen sollen geeignete Möglichkeiten anbieten, Fragen zu stellen, Ideen einzureichen und sich an konkreten Vorhaben zu beteiligen. Wer ein Anliegen einbringt, soll eine Rückmeldung erhalten und nachvollziehen können, wie damit umgegangen wird. Zuständigkeiten für die Betreuung der Kanäle und die Beantwortung von Anfragen sind klar festzulegen. Dies kann beispielsweise durch einen digitalen „Kummerkasten“ für Anliegen junger Menschen erfolgen.

4. Jugendvertretungen zu eigenständiger digitaler Arbeit befähigen

Jugendvertretungen sollen über einen eigenen digitalen Auftritt mit einer Website oder einem eigenständig gestaltbaren Bereich auf der kommunalen Website verfügen. Sie müssen ihre Positionen und Projekte im Rahmen der rechtlichen Vorgaben selbstständig kommunizieren können.

Kommunen sollen dafür bedarfsgerecht Geräte, geeignete Software und sichere Möglichkeiten der digitalen Zusammenarbeit bereitstellen. Auch Technik zur Erstellung eigener Inhalte, laufende Kosten und technischer Support sind zu berücksichtigen. Die digitale Arbeit darf nicht von privaten Ausgaben einzelner Mitglieder abhängen.

5. Öffentliche Ratssitzungen digital zugänglich machen

Öffentliche Sitzungen von kommunalen Gremien können im Rahmen der geltenden rechtlichen Voraussetzungen per Livestream zugänglich gemacht werden. Aufzeichnungen sollen innerhalb des zulässigen Zeitraums abrufbar sein. Persönlichkeitsrechte und Datenschutz sind zu wahren.

Ergänzende kurze Zusammenfassungen sollen Jugendlichen den Zugang zu den behandelten Themen und Entscheidungen erleichtern.

6. Medienkompetenz fördern und KI verantwortungsvoll nutzen

Kommunen sollen gemeinsam mit der Jugendarbeit und geeigneten Bildungspartnern Angebote zur Medien- und KI-Kompetenz für Jugendliche und Jugendvertretungen schaffen. Auch Beschäftigte der Verwaltung sollen für jugendgerechte digitale Kommunikation und den verantwortlichen Einsatz digitaler Werkzeuge qualifiziert werden.

KI kann beispielsweise bei Entwürfen verständlicher Zusammenfassungen öffentlicher Sitzungsunterlagen unterstützen. Die Ergebnisse müssen vor der Veröffentlichung durch eine verantwortliche Person geprüft und der KI-Einsatz transparent gemacht werden.

7. Angebote gemeinsam entwickeln und dauerhaft betreuen

Kommunen sollen zusammen mit ihrer Jugendvertretung und weiteren Jugendlichen erheben, welche digitale Unterstützung vor Ort gebraucht wird. Dabei sind auch junge Menschen einzubeziehen, die bisher keine Beteiligungsangebote nutzen.

Die Angebote sollen regelmäßig überprüft und weiterentwickelt werden. Dafür braucht es klare Zuständigkeiten und verlässliche personelle sowie finanzielle Mittel. Barrierefreiheit und eine gute Nutzung auf dem Smartphone sind von Beginn an zu berücksichtigen. Zentrale Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten müssen auch ohne Konto bei einer kommerziellen Plattform zugänglich sein. Analoge Angebote sollen erhalten bleiben.

Der Freistaat Bayern soll die Kommunen durch Förderung und Beratung unterstützen.

Begründung

Kommunale Jugendbeteiligung muss sich an der Lebenswelt junger Menschen orientieren. Daraus folgt für uns, dass Kommunen Jugendliche auch im digitalen Raum gezielt ansprechen und ihnen dort als Ansprechpartner zur Verfügung stehen müssen. Es reicht nicht aus, Informationen bereitzustellen und darauf zu warten, dass junge Menschen sie selbst finden.

Entscheidend ist, dass Jugendliche verstehen können, was in ihrer Kommune geschieht, welche Entscheidungen ihren Alltag betreffen und wie sie Einfluss nehmen können. Digitale Kommunikation soll deshalb den Austausch mit jungen Menschen ermöglichen und mit konkreten Beteiligungsangeboten verbunden sein. Das stärkt das Vertrauen in die Kommunalpolitik und macht Prozesse für den Jugendlichen transparent.

Jugendvertretungen können dabei eine wichtige Verbindung zwischen Jugendlichen, Verwaltung und Kommunalpolitik herstellen. Dafür brauchen sie eigene Gestaltungsmöglichkeiten und verlässliche Unterstützung. Welche Kanäle und Werkzeuge geeignet sind, muss gemeinsam mit Jugendlichen vor Ort entschieden werden. Maßgeblich ist, ob die Angebote sie erreichen und ihnen die Mitwirkung erleichtern.